

"Erinnern in Bonn"-der Verein An der Synagoge

"Erinnerung begründet Selbstvertrauen. Sie belastet nicht, sie befreit", meinte Bundespräsident von Weizsäcker 1985. Die Erinnerung an die NS-Zeit in Bonn wachzuhalten - das ist das Anliegen des Vereines An der Synagoge. Zu den Mitgeleidsorganisationen zählen die Kirchen, die Bonner Synagogengemeinde, verschiedene Verfolgtenverbände, die vier Stadtratsfraktionen, Gewerkschaften und weitere gesellschaftliche Gruppen. Viele dieser Organisationen und viele der 150 Einzelmitglieder haben bereits intensive Vorarbeit für die Gestaltung einer Gedenkstätte in der Bundeshauptstadt, für die Aufarbeitung der Bonner NS-Vergangenheit geleistet.

Warum "An der Synagoge e.V."? Der Verein wurde 1984 mit der Zielsetzung gegründet, eine Gedenkstätte für alle Opfer des Naziterors in unmittelbarer Nähe der ehemaligen Bonner Synagoge am Rheinufer zu errichten.

Diese größte und fünf weitere Bonner Synagogen wurden während der sogenannten "Reichskristallnacht" am 10. November 1938 geplündert und zerstört. SA-Trupps hatten auch hier ganze Arbeit gemacht, hatten Geschäfte und Wohnungen in der Innenstadt verwüstet. Die Jüdische Gemeinde verkaufte das Grundstück schon 1950 und baute an einem anderen Ort die neue Bonner Synagoge. Der ehemalige Synagogenplatz wurde, Goebbels behielt Recht, als Parkplatz "genutzt".

Die Stadt Bonn hat Ende 1985, trotz der Gedenkstätten-Wünsche des Vereines und entsprechender Verhandlungen, den Synagogenplatz verkauft, an den Philipp Holzmann Konzern. Ein Hotelneubau ist geplant. Aber die Geschichte ließ sich nicht so einfach überbauen:

Die Fundamentreste der alten Synagoge wurden behutsam ausgegraben, das Kellergewölbe kam zum Vorschein - Mauern der Erinnerung und der Mahnung. Und nun begann, wie in Frankfurt, die Diskussion: erhalten oder nicht, Gedenkstätte am authentischen Ort oder Beachtung vermeintlicher Sachzwänge.

Es kam zu Protesten zahlreicher Bonner Bürger/innen, zu Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen - allesamt angeregt durch den persönlichen Einsatz eines ehemaligen Mitgliedes der Synagogengemeinde: Er besetzte die Baustelle, legte sich den Baggern in den Weg und fand viel Resonanz in den Medien. Ganze Schulklassen umringten ihn an dem Ort, an dem einst die SA wütete. Ehemalige jüdische Mitbürger, damals als Jugendliche geflüchtet und heute eingeladen durch das Presse- und Werbeamt der Stadt Bonn waren entrüstet über das unverfrorene Zubetonieren der Vergangenheit. Die Stadt geriet unter Druck.

In dieser Situation sagte die Stadt dem Verein

An der Synagoge endlich die Räumlichkeiten in der Bonner Innenstadt zu, die dieser schon seit Ende 1985 forderte: Räume für eine würdige Gedenkstätte, für eine Dokumentations- und Begegnungsstätte, für einen Ort der Stille und des Nachdenkens. Gleichzeitig plant die Stadt nun einen "Erinnerungsort" am Rheinufer, gegenüber dem Synagogenplatz, der an die jüdischen Opfer der NS-Herrschaft und die Ereignisse während der Pogromnacht 1938 erinnern soll. Über die Gestaltung der beiden Erinnerungsstätten wollen Stadtverwaltung und Stadtrat mit dem Verein und mit der Bonner Synagogengemeinde beraten. Damit sind die grundsätzlichen Entscheidungen gefallen. Daß damit noch keine Zusagen für eine Unterstützung der kontinuierlichen Arbeit gegeben sind, daß diese Arbeit überhaupt nicht finanziell und personell abgesichert ist, beschäftigt unterdessen alle Vereinsmitglieder. Keiner weiß, wie es im nächsten Jahr weitergeht.

Die Vereinsarbeit hatte 1985 optimistisch im "Werkhaus für eine Bonner Gedenkstätte" begonnen, mit einem einmaligen Zuschuß der Stadt Bonn in Höhe von 100.000 DM. Die Stadt stellte das Haus für ein provisorisches Dokumentationszentrum zur Verfügung, in Bad Godesberg, fernab der Innenstadt und der Orte des Geschehens. Trotzdem: Der Verein konnte mit der Arbeit beginnen, richtete vier ABM-Stellen ein, nachdem das Haus während eines internationalen Workcamps des SCI renoviert worden war.

Wir Mitarbeiter, deren ABM-Stellen im Dezember 1987 auslaufen, und der "Geschäftsführer" Klaus Rosendahl eröffneten das "Werkhaus" im März 1986. Stichworte wie "oral history" - Zeitzeugenbefragung, lebendiges Gedenken, forschendes Lernen, prägten von Anfang an die Arbeit. Wir bieten Führungen an durch die ständige Ausstellung "Bonn zur Zeit des Nationalsozialismus", die bislang über 4.000 Besucher gesehen haben, in erster Linie natürlich Schulklassen. Die Ausstellung bleibt offen, wird überarbeitet und ergänzt. Daneben zeigen wir Sonderausstellungen zu eingegrenzten Themen: Widerstand von Frauen, Evangelische Kirche in Bonn 193-45, Verfolgung von Sinti und Roma etc.. Für Schulklassen stehen Projektmaterialien bereit, zu Einzelschicksalen oder bestimmten, exemplarischen Ereignissen in unserer Stadt. Wir vermitteln wissenschaftliche Referenten und Zeitzeugengespräche für Schulen. Das Interesse wächst stetig...

Mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen machten wir auf uns aufmerksam: mit einem "Tag der Sinti und Roma", mit Tagen der offenen Tür, mit dem ersten Bonner Geschichtsfest, mit der Beteiligung an "Begegnungswochen"

für ehemalige Bonner Juden, mit Ausstellungen, die gemeinsam mit anderen Bonner Organisationen getragen werden. Gefragt sind inzwischen unsere Bibliothek, unsere Videothek und unser Fotoarchiv. Historische Stadtrundfahrten, die vom Werkhaus ausgehen, führen zu Stätten der Verfolgung und des Widerstands. Mit dem Bus zu den Orten, an denen sich das Geschehen während der NS-Zeit verdichtet hatte: zu den Standorten der damaligen Synagogen, der psychiatrischen Anstalten, der Gestapo-Zentrale, dem Sammellager für die Bonner Juden etc..

Seit letztem Jahr sammeln wir vor allem Aussagen älterer Mitbürger zu den damaligen Ereignissen, zu Personen und Strukturen. Archivbesuche stehen allenthalben auf dem Arbeitsprogramm. Sie dienen nicht zuletzt der Vorbereitung der Zeitzeugenbefragung, die mit den eigentlichen Interview nicht enden; Nachbereitung und Betreuung der alten Menschen gehören dazu. Die Auswertung des bislang gesammelten Materials ist eine Aufgabe für das kommende Jahr

Vor allem Juden, Sozialdemokraten, ehemalige Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, der bekennenden Kirche, der KPD, verschiedener Gruppen der Jugendopposition und des Widerstands wurden als Zeitzeugen gewonnen. Der Rekorder war immer dabei. Einige Interviews konnten mit der Videokamera festgehalten werden. Sie sind von unschätzbarem Wert für die weitere Gedenkstättenarbeit. Die entsprechenden Filme werden im Werkhaus gezeigt oder an Schulklassen verliehen. Sie werden oft als Impulse zum Weiterforschen genutzt oder einfacher: als Anregungen, Fragen zu stellen und ins Gespräch zu kommen.

Eine weitere Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen, waren die Werkhaus-Foren, Informationsabende zu bestimmten Themenbereichen, die immer wider neugierig machten und das Anliegen des Vereins in die Öffentlichkeit trugen: Gespräche über Neonazismus in Bonn, über "Fremdarbeiter" oder die NSDAP in unserer Stadt, über die Aufarbeitung der Vergangenheit in anderen Städten und deren Gedenkstätten, über Anregungen von Lehrern aus unterschiedlichen Schulen zur Gestaltung der lokalen Gedenkstätte. Im November folgt eine "Woche der offenen Tür im Werkhaus", um Resümee aus der Forschungs- und Vermittlungsarbeit der letzten beiden Jahre zu ziehen. Immerhin steht ein Umbruch im Verein An der Synagoge bevor: der Beginn der Planungen für eine endgültige Bonner Gedenkstätte und zugleich das Ende der bisherigen Arbeit, die Entlassung der Mitarbeiter. Darüber muß gesprochen werden. Denn es geht nicht ohne die finanzielle Unterstützung durch die Stadt, ohne entsprechende politische Entscheidungen für eine würdige Erinnerung an die vielen Opfer des Nazi-Terrors.

Viele städtische Ämter partizipieren ohnehin an der Vereinsarbeit, sei es das Schulamt (durch einen gemeinsamen Schülerwettbewerb) die Volkshochschule (durch eine Kursreihe "Bonn in der NS-Zeit"), das Kulturamt (durch Kooperation im Ausstellungsbereich), das Presseamt (durch Vorbereitung und Durchführung der "Begegnungswochen") oder das Jugendamt (durch Kooperation im Bereich Neonazismus). Der Oberbürgermeister verweist in seinen Reden allemal auf die Bemühungen der Stadt, ihre Vergangenheit unter dem Hakenkreuz aufzuarbeiten. Der Verein soll überdies während der 2000-Jahr-Feier 1989 den Themenkomplex "Bonn in der NS-Zeit" angemessen vorstellen. Aber dem Verein stehen dafür vorerst keine Mittel zur Verfügung, vom Personal ganz zu schweigen.

Die Stadt, d.h. die Mehrheitsfraktion im Bonner Stadtrat, ging in den letzten Monaten auf Distanz zum Verein An der Synagoge. Hinter vorgehaltener Hand wird ihm Linkslastigkeit vorgeworfen. Unverbindlichkeit ist die politische Antwort. Auf der anderen Seite werden dem Verein Untätigkeit und mangelnde Entscheidungs- und Konfliktfähigkeit vorgeworfen. Und in der Tat: der Verein ist breit gefächert, heterogen gebildet auf der Basis eines Minimalkonsenses, der immer wieder hergestellt werden muß, zu Disputen reichlich Anlaß gibt. Die NS-Zeit und ihre "Bewältigung" ist nach wie vor ein kontroverses Thema mit politischem Zündstoff. Das bekommt nicht nur der Verein An der Synagoge zu spüren, der sich, wie viele andere Initiativen, gegen das Vergessen und die Gleichgültigkeit wendet. Der alltägliche Faschismus in einer deutschen Stadt ist sein Forschungsfeld, die Erinnerung an die Folgen der Unmenschlichkeit sein Ziel, mit den Methoden einer lebendigen historisch-politischen Bildung verfolgt. Die Vereinsmitglieder und zahllose Bonner Bürger fordern: Keine Halbherzigkeit, kein Verdrängen mehr, sondern klare Entscheidungen der Stadt Bonn für das Motto des Vereins: "Erinnern in Bonn".

Peter Sonnet

